

Hefte aus Burgscheidungen

---

Helmut Lück

**Vancouver 1983**

Zum Ertrag der VI. Vollversammlung  
des Ökumenischen Rates der Kirchen



218

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Helmut Lück

**Vancouver 1983**

Zum Ertrag der VI. Vollversammlung  
des Ökumenischen Rates der Kirchen

1983

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands



Welche Herausforderungen und Aufgaben stellen sich den Kirchen, wollen sie dem Auftrag des Evangeliums in dieser für die Zukunft der Menschheit so entscheidenden Zeit gerecht werden? Diese Frage stand vor den Delegierten der über 300 Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen, die sich vom 24. Juli bis 10. August 1983 in der kanadischen Stadt Vancouver zu ihrer VI. Vollversammlung zusammengefunden hatten. Was hat dabei eine Kirche der anderen zu sagen? Und was ist jetzt das gemeinsame Zeugnis vor der Welt?

Die Antwort auf diese Fragen sieht auf den ersten Blick einfach aus und bildete das Hauptthema der Versammlung: „Jesus Christus – das Leben der Welt“. Zu diesem gemeinsamen Bekenntnis waren die Abgesandten der reformatorischen, anglikanischen, orthodoxen und unabhängigen Kirchen zusammengekommen. Sie wußten und erlebten einmal mehr, daß sie einer großen Vielfalt konfessioneller Traditionen angehören, ihren Gottesdienst in Hunderten von Sprachen feiern, auf unterschiedlichste historische Erfahrungen zurückblicken, ihren Glauben in höchst verschiedenen Kulturen zum Ausdruck bringen und in gegensätzlichen politischen Systemen leben. Und sie wollten wissen und sagen, was es bedeutet, in unserer Zeit einen solchen Anspruch zu erheben: Jesus Christus – das Leben der Welt. Wie hilft er, mit dem Widerspruch kirchlicher Uneinigkeit fertig zu werden? Wie hilft er, angesichts der bedrückenden Weltsituation, der atomaren Bedrohung und des Gegensatzes von arm und reich, bei der Bewahrung des Friedens und zur Verwirklichung gerechterer Strukturen?

### Die Zeit drängt

In einer Kette von Begegnungen, die sich über drei Jahre erstreckten, hatten sich die im Ökumenischen Rat (ÖRK) zusammengeschlossenen Kirchen mit den verschiedenen Problemen auseinandergesetzt, auf die solche Fragen zielen. Zur Vorbereitung der Vollversammlung hatte der ÖRK dazu einen intensiven Gesprächs- und Besuchsprozeß in Gang gesetzt. Als die Weltkirchenkonferenz eröffnet wurde, die Delegierten der Kirchen, die über 440 Millionen Christen repräsentieren, zusammen mit den Beratern und Stabsmitgliedern, den Vertretern regionaler und nationaler Kirchenräte, den offiziellen Beobachtern des Vatikans sowie der anderen Weltreligionen – insgesamt mehr als 3000 Menschen – in das große weiß-gelb-gestreifte Gottesdienstzelt auf dem Gelände

der Universität von British Columbia zogen, um ihre Zusammenkunft, die Beratungen, die Beschlüsse unter Gottes Gericht zu stellen, geschah dies – davon war die Feier ganz und gar geprägt – im Wissen um die äußerste Dringlichkeit eines prophetischen Zeugnisses der Kirchen angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen.

Die Predigt hielt Pauline Webb, eine bekannte britische Rundfunkjournalistin, die den Vorbereitungsausschuß der Vollversammlung geleitet hatte. Eindringlich erinnerte sie an die zahlreichen blutigen Auseinandersetzungen seit der vorangegangenen Weltkirchenkonferenz 1975 in Nairobi. Himmelschreiend sei vor allem, sagte die Amtsträgerin der methodistischen Kirche, der „Wahnsinn des Militarismus“, der die Drohung mit dem Tod von Millionen und der Zerstörung der Schöpfung für ein zulässiges Mittel zur Aufrechterhaltung eines „Gleichgewichts des Schreckens“ halte. Auch die Kirchen, fügte sie hinzu, hätten in diesen Vorgängen „keine reinen Hände“. Zumindest müßten sie bekennen: „Wir haben nicht klar und deutlich genug gesprochen.“ Oft sogar hätten gerade jene Kirchenleute, die sich in vorderster Front engagierten, sich einer Kritik „von hinten“, aus den Reihen der eigenen Gemeinschaft zu erwehren gehabt. „Christen sind aber berufen, sich nicht zurückzuziehen“, rief sie in ihrer von der großen Gemeinde mit Beifall aufgenommenen Predigt aus. Es ist ihnen aufgegeben, sich zu beteiligen, zu engagieren „mit allem Glaubensmut, der durch die Liebe wirkt.“

Das Bewußtsein, in einem kritischen Zeitpunkt der Menschheitsgeschichte zu leben, in einem Augenblick der Wahl zwischen „Leben und Tod, Segen und Fluch“, bestimmte von allem Anfang an diese große Versammlung. Ernst, oft dramatisch waren die Zeugnisse der Kirchendelegierten aus aller Welt. Sie ließen keinen Zweifel daran, daß der Glaube an Jesus Christus als das Leben der Welt zum Handeln in den Fragen des Friedens, der Gerechtigkeit und der Befreiung des Menschen führen muß. „Die Vollversammlung muß Position beziehen“, forderte der Südafrikaner Allan Boesak, Präsident des Reformierten Weltbundes. Und es gab wohl kaum eine Rede in Vancouver, die soviel Beachtung und Zustimmung fand wie das theologische Hauptreferat dieses farbigen Pastors aus Kapstadt.

Boesak begann seine Einführung in das Thema der Versammlung mit einer Kontrasterfahrung, die den Kern der Herausforderung beschreibt, vor der die Kirchen und Christen heute stehen: „In unserer Welt ist es nicht der freudige, hoffnungsvolle Klang des Wortes des Lebens, den wir hören. Nein, dieses Wort wird vom Lärm der Kanonen, vom Schrei



unserer Kinder und dem endlosen Aufschrei der Machtlosen „Wie lange noch, Herr?“ verschluckt.“ Er verwies auf die wirtschaftliche Ausbeutung der Entwicklungsländer, die sozialen Ungerechtigkeiten, die akuten Spannungs- und Konfliktsituationen, den Hunger in vielen Teilen der Welt, nicht zuletzt auf den Rassismus, vor allem in Südafrika. „Angesichts der eklatanten Unterstützung durch so viele westliche Regierungen erscheint die Apartheid heute stärker und der Traum der südafrikanischen Schwarzen von Gerechtigkeit und Menschenwürde weiter entfernt denn je.“

Aber nicht nur dort werde der hoffnungsvolle Klang des Wortes vom Leben erstickt. „An zu vielen Orten sterben zu viele Kinder an Hunger und verschwinden – simpel und einfach – zu viele Menschen, weil sie es wagten, für Gerechtigkeit und Menschenwürde einzutreten.“ Viel zu viele würden von Wellen des Krieges hinweggespült, viel zu viele stürben in den Todeszellen. Vor allem aber geißelte er das nukleare Wettrüsten: „Viel zu viele junge Menschen glauben, daß ihre Jugend und ihre Zukunft unter der Drohung der atomaren Zerstörung schon zu Staub geworden sind. Und trotz allem bleiben zu viele in der christlichen Kirche still.“ Als ob sie nicht begriffen hätten, sagte er, daß jeder unmenschliche Akt, jedes ungerechte Gesetz, jeder vorzeitige Tod, ja auch das Vertrauen in die Massenvernichtungsmittel und die Rechtfertigung für Unterdrückung nichts anderes seien als eine Verleugnung des Herrn des Lebens.

Mit dieser Feststellung bezog Allan Boesak die in ihren lebensfeindlichen Äußerungen beschriebene Wirklichkeit unmittelbar in die theologische Beurteilung ein. Das war einer der Gründe dafür, daß sein Referat auf der Vollversammlung so außerordentliche Bedeutung gewann. Denn Boesak blieb nicht dabei stehen, bitter Klage und Anklage zu führen, sondern legte den Kern des Problems frei: Wie kann nämlich angesichts dieser Wirklichkeit verhindert werden, daß der Glaube an die Verheißung des Lebens zu einer „engen geistigen Ausflucht“ wird? Doch nur, wenn der Glaube an Jesus als das Leben nicht als ein „Trost“, sondern vielmehr als ein „grundlegendes, auf Veränderung drängendes Bekenntnis“ aufgefaßt wird. Deshalb „geht es die Kirche sehr viel an“, sagte er, wenn die Welt durch Ungerechtigkeit, Militarismus, Rassismus, durch so viele Übel bedroht ist. Das Leben dieser Welt, die Gefährdung und Zerstörung dieser Welt, die Zukunft dieser Welt – sie sind, zutreffend beschrieb Boesak damit den Willen der Versammlung, „sehr wohl Angelegenheiten der Kirche.“ Deshalb dürften die Delegierten auch nicht zögern, „an die Fragen des Friedens und der Möglich-

keit einer totalen atomaren Zerstörung heranzugehen.“ Denn das nukleare Wettrüsten ist „nicht einfach ein vorübergehender Wahnsinn, es ist grundsätzlich Sünde und steht im Gegensatz zum Willen Gottes für diese Welt und das Volk seines Herzens.“

### Konfrontation und Überwindung

„Ich hoffe, daß wir, die wir uns in dieser gefährlichen Zeit aus der Zerstreuung zu dieser Vollversammlung zusammengefunden haben und das Haus der lebendigen Steine repräsentieren, klar und unmißverständlich für Gottes Friedens- und Gerechtigkeitswillen eintreten werden.“ Mit diesen Worten beschrieb auch ÖRK-Generalsekretär Dr. Philip Potter, als er am dritten Beratungstag vor den Delegierten seinen Bericht gab, den Erwartungshorizont, der auf der ganzen Versammlung lastete. „Die Welt wird uns beobachten und wissen wollen, ob wir den Test bestehen.“

Jeder in Vancouver wußte, daß von den Kirchen Antworten auf die drängenden Zeitfragen erwartet werden. „Das ganze Thema des Friedens und der Gerechtigkeit wird für die Vollversammlung von großer Bedeutung sein“, hatte mir der Direktor der ÖRK-Kommission der Kirchen für die Internationalen Angelegenheiten (KKIA), Dr. Ninan Koshy, schon vor Vancouver in einem Interview gesagt. „Denn wie Sie wissen, haben alle Vollversammlungen auf die besonderen Fragen der Zeit, in der sie stattfanden, zu antworten gesucht. Frieden und Gerechtigkeit sind aber heute die wichtigsten Fragen.“

Die Delegierten der Kirchen, unter ihnen mehr Frauen, mehr junge Menschen und mehr Menschen mit Behinderungen als je zuvor, wurden mit dieser Herausforderung unmittelbar konfrontiert. Sie hörten die persönlichen Erfahrungsberichte von Christen, die Unterdrückung, Krieg und Zerstörung erduldet haben und deren Zeugnisse zur leidenschaftlichen Anklage gegen ausbeuterische Regime, gegen Militarismus und den Wahnsinn atomarer Hochrüstung des Imperialismus wurden. „Die Erfahrung von Tod mitten im Leben. Eine ganze Nation unter dem Zeichen des Kreuzes, ein Land im Schatten des Todes, ständig in einer Grenzsituation zwischen Leben und Tod – mit Thomas die Hand ausstreckend und den Stachel des Todes spürend in der unmittelbaren Berührung des auferstandenen Christus und damit die Süße und Herrlichkeit eines Lebens erahnend, das sich dem Tod entgegenstellt und ihn überwunden hat“ – mit diesen Worten beschrieb die Libanesin Frieda Haddad,



was sie während der Belagerung von West-Beirut, beim Bombenterror während des Kellergottesdienstes am Ostermorgen erfahren hatte. Ihr Bericht von den unendlichen Leiden der Menschen, vom Leben im Bunker, von den zahllosen Toten ließ dennoch keinen Zweifel an der Lebenszuversicht der Menschen, an der Unerschütterlichkeit ihres Glaubens inmitten der schwersten Prüfungen.

Die Arbeiterführerin in den bolivianischen Zinnbergwerken Domitilia Barrios de Chungara erzählte von den Erfahrungen im Kampf der Arbeiter, deren gewerkschaftliche Forderungen immer wieder mit Massakern, Folterungen, bewaffneten Interventionen beantwortet würden. Sie schilderte den von schwerster körperlicher Arbeit gekennzeichneten Alltag dieser Menschen: ohne ausreichende Ernährung und ohne Freizeit, immer unter der Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren. Sie berichtete von den gewalttätigen Übergriffen, dem verzweifelten Widerstand in Lohnstreiks und Protestaktionen, von der großen Not, die besonders die Kinder trifft. Domitilia Barrios gehörte selber zu den Initiatoren jenes Hungerstreiks, der vor einigen Jahren das Land 21 Tage lang in Bewegung brachte, überall Solidarität fand und durch den eine Amnestie, Wiederzulassung der Gewerkschaften und die Rückkehr ausgesperrter Arbeiter an ihren Arbeitsplatz durchgesetzt wurden. Diese Bewegung habe damals dazu beigetragen, daß in den folgenden Jahren gewisse Verbesserungen errungen werden konnten. Sie seien aber heute erneut gefährdet. „Aber das Volk sagt, wir werden uns verteidigen, und wenn wir nur unsere Fingernägel dazu haben, werden wir nicht zulassen, daß wieder eine todbringende Diktatur an die Macht kommt.“

Der Glaube an die Verheißung des Lebens gewinnt unter der äußersten Oppression die Gestalt der Standhaftigkeit, des Aufbegehrens, des Kampfes. Das lehrten die Zeugnisse von Christen, die über „Leben und Tod; Konfrontation und Überwindung“ sprachen. Pastor H u y n g K y u P a r k aus Seoul (Südkorea) beschwor diese Kraft des Lebens inmitten des Todes. Leidenschaftlich klagte er den Reichtum der Herrschenden an, der nur mit zerstörerischer Macht behauptet werden könne. „Wir wollen selbst über unser Leben bestimmen und uns nicht versklaven lassen“, erklärte er „Wir wollen nicht dadurch in Frieden leben, daß wir unsere Augen schließen, uns den Mund zuhalten und uns Watte in die Ohren stecken.“ Der presbyterianische Pfarrer, der selber wegen der Teilnahme an einem Ostermarsch im Gefängnis gesessen hatte, appellierte als einer der vielen Sprecher aus der „Dritten Welt“ an die Christen in den imperialistischen

Industrieländern, auf das Gespräch Jesu mit dem „reichen Jüngling“ zu achten, in dem er fordert, ohne Einschränkung zu „verkaufen“, was den Besitzenden „lieb und wert“ ist — um der Hoffnung auf das Leben willen.

Von eben diesem biblischen Text, der Geschichte von dem reichen Jüngling, der scheinbar die Fülle des Lebens in Gestalt vieler Güter besitzt und dennoch von der inneren Leere seines Lebens eingeholt wird, ging die Hamburger Theologin Dorothee Sölle in ihrem Referat aus. Die in den BRD-Kirchen wegen ihrer Haltung stark angefochtene Theologin zeichnete ein scharf konturiertes Bild der Empfindungswelt in ihrem Lande: „Ich spreche zu Ihnen als eine Frau“, begann sie ihren Beitrag, „die aus einem der reichsten Länder der Erde kommt; einem Land mit einer blutigen, nach Gas stinkenden Geschichte, die einige von uns Deutschen noch nicht vergessen konnten; ein Land, das heute die größte Dichte von Atomwaffen in der Welt bereithält.“ Deshalb möchte sie etwas sagen „über die Ängste, die in meinem wohlhabenden und militaristischen Land herrschen“. Sie täte das aus Zorn, in Kritik und mit Trauer. Denn es schmerze sie. Aber sie „reibe“ sich an ihrer Gesellschaft nicht willkürlich, sondern aus keinem anderen Grund als aus dem Glauben an das Leben der Welt, das ihr in Jesus begegnet sei.

Dieses Leben aber werde nicht nur durch äußere Armut zerstört, sondern ebenso durch innere Leere. In einer hochentwickelten, technisierten Welt sei die absolute Verarmung von Millionen ein Verbrechen. Denn Armut zerstöre den Menschen physisch und geistig, aber auch religiös, weil sie den Glauben „zu einer Fratze, zu einer ohnmächtigen Apathie“ mache. Aber auch eine sich ausbreitende innere Leere, wie sie für ihre Gesellschaft charakteristisch sei, mache ein erfülltes Leben unmöglich. Denn die Beziehungen zu anderen Menschen würden oberflächlich und austauschbar; „nichts freue, nichts schmerze mehr tief“. Ein solches Leben gleiche einem „gestreckten Tod, der viele Jahre andauern kann“.

Besonders düster klang, was sie über die Jugend in der BRD sagte: „An den Häuserwänden vieler Städte in Westdeutschland steht in englischer Sprache ‚no future‘; es sind junge, sehr vitale Menschen, die dieses Gefühl tragen. Sie können sich nicht vorstellen, ein Kind in diese Welt zu setzen, sie pflanzen auch keinen Baum mehr. Leben in seiner Fülle, das Versprechen Christi, kann ihnen nur ein müdes Lächeln abgewinnen. Ihre Trauer ist manchmal aggressiv nach außen und oft depressiv nach innen gewandt. Das Leben ist leer.“ Die psychische Leere der Reichen sei eine Folge der wirtschaftlichen Ungerechtigkeit, von der sie profitieren.



„Wir haben ein System gewählt, das auf Geld und Gewalt aufbaut.“ Die „milde Depressivität“ vieler Kirchen in Westeuropa und Nordamerika sei „praktische Zustimmung zum Militarismus“. Sie hätten keine Hoffnung, weil sie dem „Todesfrieden der Aufrüster“ trauen.

Diesem kritischen Urteil über die verfaßten Kirchen setzte Dorothee Sölle unter deutlicher Anspielung auf die Friedensbewegung in der BRD entgegen: „Ich hätte nicht gedacht, daß aus traditionellen Kirchen, die ich oft als ein Grab Christi empfunden habe, so viel Befreiung und Leben hervorgehen kann.“ Noch vor einigen Jahren hätten sich „viele der nachdenklichsten Menschen“ in die „Dritte Welt“ gesehnt, weil die „Kämpfe dort klarer, die Fronten eindeutiger, die Hoffnungen unmittelbarer“ seien. Das habe sich gründlich geändert. „Wir leben nicht in El Salvador, aber unter der Herrschaft der NATO. In ihren Planungsbüros wird über unser Leben und das anderer Völker entschieden. Dort werden die falschen Götzen angeboten, und dorthin gehört unser Kampf. Unsere historische Aufgabe ist der Kampf für den Frieden und gegen den Militarismus. Das ist unsere Teilnahme an den Befreiungskämpfen der ‚Dritten Welt‘.“ Niemand, der sich mit den Armen verbunden fühle, hätte noch Grund zu verzweifeln und sich in sinnlose Akte der Zerstörung oder Selbstzerstörung zu stürzen. „Seit der neuen Hochrüstung, die die Gewaltherrschaft des Terrors verewigen soll, wissen wir, wo unser El Salvador ist. Unser Vietnam. Unser Soweto.“

### Zeugen der Hoffnung auf Leben und Frieden

So waren es tatsächlich immer wieder die beiden großen Themen Frieden und Gerechtigkeit, mit denen die Delegierten in den Erfahrungsberichten aus aller Welt konfrontiert wurden. Sie hörten den Schrei von Millionen, die dem täglichen Kampf ums Überleben ausgesetzt sind, die durch militärische Macht unterdrückt werden und die darum von den Kirchen hoffen, daß sie ihnen helfen, Freiheit, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung zu erlangen. Unüberhörbar waren erst recht die Angst und Sorge von Millionen angesichts der atomaren Bedrohung und darum das drängende Verlangen, daß sich die Kirchen deutlich auf die Seite der Friedensbewegung stellen.

Die bekannte, in der Anti-Atomkriegs-Bewegung engagierte australische Ärztin Helen M. Caldicott machte durch ihr Auftreten die ganze Tragweite der Herausforderung in der Friedensfrage deutlich. Sie vermittelte einen Eindruck davon, welche verheerenden Folgen der Einsatz von Nuklear-

waffen haben würde und welche bedrohliche Auswirkungen die Vorbereitung eines Atomkrieges bereits jetzt hat. Von äußerster Schärfe war ihre Kritik an der Reagan-Administration, die an Plänen arbeite, welche die USA in die Lage versetzen sollen, einen Atomkrieg „gewinnbar“ zu machen. Die vorgesehene Stationierung der amerikanischen Pershing-II- und Cruise-missiles-Raketen in Westeuropa bedeute das Ende jeglicher Rüstungskontrollverhandlungen, weil es sich hier um Erstschlagwaffen mit einer Einsatzgeschwindigkeit handelt, die keine Kontrolle mehr zulassen. „Die einfache wissenschaftliche und medizinische Wahrheit ist, daß der Mensch nicht mehr Krieg führen kann. Wir haben die Büchse der Pandora geöffnet und dadurch den Krieg zu einem Anachronismus gemacht.“ Angesichts dieser wahnwitzigen Bedrohung forderte sie: „Diese Generation wird sich entweder aktiv für ihren Fortbestand einsetzen oder passiv ihren Untergang verschulden.“

Mit gleicher Leidenschaftlichkeit wandte sich die Theologin und Sozialethikerin Dr. Anezka Ebertova aus der ČSSR gegen eine Politik, deren Ergebnis eine Katastrophe sein könnte, tausendmal schrecklicher als die „Generalprobe“ in Hiroshima. Nach dem Kriege, sagte sie, habe man sich in den osteuropäischen Ländern auf den Wiederaufbau der zerstörten Städte und die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft konzentriert, also den gesellschaftlichen Fortschritt in den Mittelpunkt gestellt, weil sich die früheren Strukturen als „ein verhängnisvolles Werkzeug für Ausbeutung, soziale Ungerechtigkeit und Konflikte“ erwiesen hätten. Heute seien die Früchte dieser friedlichen Arbeit auf das äußerste gefährdet, deshalb müsse den zerstörerischen Kräften entschieden entgegengetreten, müsse der atomaren Aufrüstung Widerstand entgegengesetzt werden. „Diesen Widerstand“, sagte die Amtsträgerin der Hussitischen Kirche, „leisten wir in unseren Ländern auch mit unseren Mitbürgern, die nicht Christen sind, weil wir uns miteinander verbunden fühlen in dem Bewußtsein vom Wert und der Würde eines jeden Menschen.“ Deshalb unterstützen die Christen in den sozialistischen Ländern mit ihrem Gebet und ihrem gesellschaftlichen Handeln die Initiativen ihrer Regierungen, die auf Frieden und Zusammenarbeit zielen.

### Gerechtigkeit – Wurzel des Friedensbaumes

Es gab berechtigte Sorge, schon vor Vancouver, daß die Frage, ob das Problem des Friedens oder nicht vielmehr das der Gerechtigkeit Vorrang habe, die Vollversammlung bela-



sten könnte. Denn Kenner der Ökumene wissen, daß es Vertreter aus der „Dritten Welt“ gibt, die mit ihrer durch Leidenserfahrung geschärften Sichtweise in der Betonung der Friedensfrage wiederum nur die „Dominanz des Nordens“ heraushören. „Das ist ja die Schwierigkeit“, hatte KKIA-Direktor Dr. Ninan Koshy in dem bereits erwähnten Interview gesagt, „daß die einen sagen, unmittelbaren Vorrang hat die Verhinderung eines Nuklearkrieges. Sie weisen darauf hin, daß auch Gerechtigkeit nicht erreicht werden kann, wenn es nicht gelingt, den Krieg zu verhindern. Das ist ein sehr starkes Argument. Aber es ist nicht der Ausgangspunkt in allen Regionen der Welt. Die Vertreter aus der ‚Dritten Welt‘ sagen, daß der Friedenskampf für sie wenig Sinn macht ohne den Kampf gegen Hunger und Armut.“

Aber die Sorge vieler Christen in der „Dritten Welt“, auch Allan Boesak hatte sie geäußert, daß die Friedensproblematik von der Problematik der Gerechtigkeit getrennt und gewissermaßen zu einer „Sache des Nordens“ gemacht werden könnte, fand auf dieser Vollversammlung keine Nahrung. In der Botschaft, die die Weltkirchenkonferenz am Ende an die Christen in aller Welt richtete, heißt es deshalb ganz klar: „Die Wurzel des Friedensbaumes heißt Gerechtigkeit“. Natürlich ist die nukleare Bedrohung für viele Menschen in der „Dritten Welt“ nicht so unmittelbar als zentrales Problem erfahrbar. Es waren aber gerade die Beiträge aus den Entwicklungsregionen, die dazu halfen, daß eine unterschiedliche Blickrichtung und Gewichtung für die Vollversammlung nicht zum grundsätzlichen Problem wurde. Denn sie zeigten, daß die Atomkriegsdrohung auch die „Dritte Welt“ zunehmend betrifft. Dabei ging es nicht nur um die Tatsache, daß die ungeheuren für die Rüstung aufgewendeten Mittel auch die Menschen dort ihrer Lebensgrundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten berauben. Es waren vor allem Sprecher aus den Kirchen des pazifischen Raumes, die durch ihre erschütternden Berichte über die Folgen der in ihrem Lebensbereich vollzogenen Atomtests allen vor Augen führten, daß die Gefahr weltweit ist und der Kampf gegen die atomare Hochrüstung alle angeht.

So wurden die Delegierten zu der Plenarsitzung, die der Präsentation der pazifischen Kirchen gewidmet war, zwar mit den Gesängen der Südsee, Blumenkränzen und Palmenblättern von den Inseln empfangen, es sollte aber sehr schnell deutlich werden: Die Südsee ist kein Paradies mehr. Denn die Zeugnisse der Sprecher von den pazifischen Inseln wurden zur harten Anklage gegen die kolonialistische Anmaßung derer, die diesem Gebiet Fremdherrschaft aufzwingen und seine

Bewohner in eine tiefe Krise ihrer ethnischen Identität gestürzt haben. Darlene Keju-Johnson, eine von den Marshall-Inseln stammende Anthropologin, schilderte eindringlich die äußerste Not der ihrer Heimat beraubten, immer wieder auf andere Inseln zwangsumgesiedelten, schwersten gesundheitlichen Gefährdungen und Spätfolgen durch Strahlenschäden ausgesetzten Bewohner des Bikini- und des Eniwetok-Atolls, auf dem allein die USA 66 Atom- und Wasserstoffbombentests durchgeführt haben. Jetzt solle der Bereich der Insel Kwajalein zu einer US-Versuchsbasis für Langstreckenraketen umgewandelt werden. In der Sprache der Marshall-Inseln, erzählte sie, gibt es kein Wort für „Feind“. Die Bewohner dieser Inseln wären in ganz Mikronesien als äußerst freundliches Volk bekannt. „Aber die USA haben unsere Freundlichkeit ausgenutzt. Jetzt machen wir endlich den Mund auf, denn wir wollen nicht, daß das Militär der USA weitere 30 Jahre unser Leben kontrolliert.“

Zu denen, die bitter Anklage gegen den Kolonialismus in alter und neuer Form führten, gehörte auch Wakira Wakaine, evangelischer Pfarrer auf Neukaledonien und den Loyalty-Inseln. Der Kolonialismus, sagte er, habe das reiche und schöne Leben des Volkes der Kanak völlig zerstört. Er habe Veränderungen und Entwicklungen bewirkt, durch die das Volk seine Identität und Persönlichkeit verloren habe. „Der Entwicklungsprozeß unseres Landes ist tatsächlich nichts anderes als der Ausdruck des kapitalistischen Systems und seiner Gier nach Vorherrschaft und Profit, was die Fähigkeit und Werte des Volkes zerstört.“ Was geschieht, sei ein „Völkermord ohne Waffen“; in dieser Situation sei die Kirche verpflichtet, ihre Stimme zu erheben.

### **Wählt das Leben!**

So waren es immer wieder die Erfahrungsberichte der Kirchen, die persönlichen Zeugnisse von Not, Kampf und Verheißung, die der Vollversammlung in Vancouver das Gepräge gaben. Zu den herausragenden, beeindruckendsten Erlebnissen dieser Art gehörte für alle in Vancouver das Auftreten von Coretta Scott King, der Witwe von Martin Luther King. Bei einer Abendveranstaltung erinnerte sie an jenen gewaltigen Marsch auf Washington vor zwanzig Jahren, auf dem ihr Mann, fünf Jahre später meuchlings ermordet, gesprochen hatte. Damals hätten mehr als 200 000 für „Jobs and freedom“ demonstriert. In diesem Jahr würden sich wiederum Hunderttausende auf diesen großen kämpfe-



rischen Marsch begeben, kündigte sie wenige Wochen vor jener gewaltigen Massendemonstration an, die Ende August mehr als 300 000 USA-Bürger aus allen Bundesstaaten mobilisierte, um gegen die unsoziale und gefährliche Politik Reagans zu demonstrieren. Aber diesmal werde stärker denn je den Forderungen nach „Arbeit und Freiheit“ der Ruf nach Frieden hinzugefügt. Wir demonstrieren heute, sagte sie, „für Jobs, Frieden und Freiheit“, weil die Arbeitslosigkeit unter den Farbigen heute noch wesentlich höher sei als vor 20 Jahren und der Rassismus nach wie vor viele Menschen in Not bringe. Beides aber, die steigende Arbeitslosigkeit und die Tatsache, daß diese in den USA zuallererst die Farbigen trifft, sei die Folge einer Wirtschaftspolitik, die durch die extrem hohen Militärausgaben zu diesem drastischen Sozialabbau geführt habe. Deshalb sind heute für Frau King, die in Atlanta (US-Bundesstaat Georgia) das „Martin-Luther-King-Zentrum für gewaltlose soziale Veränderung“ leitet, nicht nur die Probleme der Arbeitslosigkeit und des Rassismus, sondern genauso der Kampf um den Frieden Schwerpunkte ihrer Arbeit.

Wie tief die Vollversammlung der Ruf nach Frieden ergriffen hatte, wurde sinnfällig am Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima. Unter dem Motto „Wählt das Leben!“ sammelte sich die große Gemeinde in der Nacht vom 5. zum 6. August zu einer Manifestation für Frieden und Gerechtigkeit am westlichen Punkt des Universitätsgeländes. Kirchliche Gemeinden und Gruppen veranstalteten zur gleichen Zeit rund um den Pazifischen Ozean ähnliche Aktionen. Zusammen mit Tausenden Christen aus Vancouver und Umgebung zogen die Teilnehmer der Weltkirchenkonferenz dann nach der Eröffnungszeremonie an der Küste in das Gottesdienstzelt, wo ein großer Nachtgottesdienst gehalten wurde. „Auf dieser Vollversammlung sind wir erneut aufgerufen“, sagte Generalsekretär Philip Potter in einer Meditation über die biblische Geschichte von der Verklärung Jesu, „durch die verklärende Gnade Gottes das Unmögliche für Frieden und Gerechtigkeit zu versuchen.“ Dem Mitternachtsgottesdienst schloß sich eine bis in den Morgen währende Gebetswache an, bei der Vertreter aller Kontinente und Regionen der Erde Gebete und Meditationen sprachen.

Begeistert begrüßte die Gemeinde nach Mitternacht auch den gerade eingetroffenen Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, Bischof Desmond Tutu, dessen Teilnahme lange für unmöglich gehalten worden war, weil ihm die südafrikanischen Behörden seit Monaten den Paß verweigerten. Mit bewegten Worten dankte er für die Solidarität

und die Fürbitten der Christen in aller Welt. „Die Zeit der Wunder Gottes ist noch nicht vorbei“, meinte er unter deutlicher Anspielung auf die Tatsache, daß ihm das Regime doch noch die Reiseerlaubnis geben mußte.

### Gewaltiges Arbeitspensum

Für alle, die in Vancouver dabei waren, gehören die ersten, oft dramatischen Zeugnisse von Christen, die an der Not und dem Kampf ihrer Völker teilhaben und dennoch an der Hoffnung auf Gerechtigkeit und Frieden nicht verzweifeln, zu den bleibenden Erlebnissen dieser Weltkirchenkonferenz. Sie bestimmten die Atmosphäre der ganzen Versammlung, die im übrigen eine Fülle von Sachfragen zu erörtern und insofern ein gewaltiges Pensum zu bewältigen hatte. Dabei beschritt man, was die Arbeitsweise betraf, zum Teil neue Wege. Zunächst einmal wurden, wie schon in Nairobi, die Beratungen begleitet von dem Gespräch in kleinen Gruppen, 65 an der Zahl, zu je zwanzig Personen. Sie dienten als „Heimstätte“, in der man sich austauschen konnte, um so auf den gesamten Prozeß der Vollversammlung zu reagieren. Diese kleinen Gruppen schlossen sich in der zweiten Woche zu Themengruppen zusammen, in denen die Eindrücke, Reaktionen und Schlußfolgerungen in ihren Schwerpunkten zusammengetragen wurden. Die Aussprache darüber bildete die Grundlage für eine Botschaft, mit der sich die Vollversammlung, ihre wesentlichen Anliegen zusammenfassend, schließlich an die Kirchen in aller Welt wandte.

Neu ausprobiert wurde das Fachgruppensystem. Das Ziel dieser Gruppen, an denen sich jeweils etwa hundert Delegierte beteiligten (hinzu kamen Experten, Berater, Stabsmitglieder), war es, die wichtigsten Aspekte jener Problembereiche, mit denen sich die Kirchen seit Nairobi befaßt hatten, herauszuarbeiten. Dabei ging es darum, sowohl die grundlegenden, von allen Kirchen gemeinsam geteilten Überzeugungen wie auch die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten herauszustellen, um die Versammlung zu beraten, welche Empfehlungen den Kirchen wie auch dem ÖRK für die künftige Arbeit gegeben werden könnten. Die Berichte dieser Fachgruppen waren für die Kirchen zum Studium und als Orientierung in ihre Aktionen gedacht.

Außerdem fanden sogenannte Programmhearings statt, in denen sowohl der offizielle Bericht „Von Nairobi nach Vancouver“ sowie konkrete Vorschläge für die Weiterarbeit diskutiert wurden. Diese Hearings ergänzten die Arbeit des



Ausschusses für die Programmrichtlinien, der die offiziellen Empfehlungen zu diesem Tätigkeitsbericht unterbreitete und alle Vorschläge für künftige Programme zu überprüfen hatte.

Bereits in der ersten Geschäftssitzung waren aufgrund von Nominierungen des zurücktretenden Exekutivsausschusses eine Reihe von weiteren Ausschüssen geschaffen worden, die für das Plenum jene Berichte und Empfehlungen vorbereiteten, die die eigentliche legislative Arbeit der Vollversammlung ausmachten. Besonders wichtig war dabei die Arbeit der beiden Weisungsausschüsse für Grundsatzfragen. Der eine befaßte sich mit den Berichten des Vorsitzenden und des Generalsekretärs sowie mit Verfassungsfragen, Anträgen auf Mitgliedschaft und den Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche. Der andere bereitete die Erklärungen zu Fragen und Angelegenheiten von öffentlichem Interesse vor.

Die Tätigkeit dieser Gremien, allen voran der Geschäftsausschuß, der die gesamte Arbeit der Vollversammlung lenkte, sowie der Nominierungsausschuß, der die Wahlen der Leitungsgremien für die nächsten sieben Jahre vorzubereiten hatte, war entscheidend für den Erfolg der Weltkirchenkonferenz. Was hier in zähem Ringen, gewissermaßen „hinter den Kulissen“, von Sprechern der einflußreichen Mitgliedskirchen, von den Protagonisten der bestimmenden Richtungen erarbeitet und als Produkt dieser Arbeit dem Plenum vorgelegt wurde, damit sich die Vollversammlung äußern, Entscheidungen fällen, Festlegungen über die Programmrichtlinien treffen konnte, erwies sich dann fast ausnahmslos als konsensfähig. So spiegelten die abschließenden Plenaraussprachen zwar noch einmal das ganze Spektrum der Meinungen und Forderungen wider, bei den Abstimmungen erwiesen sich aber die Vorlagen fast uneingeschränkt als mehrheitsfähig.

Ungewöhnlich kontrovers und heftig verlief eigentlich nur die Nominierungsdebatte, bei der es um die Zusammensetzung des neuen Zentralausschusses ging. Nachdem die Vollversammlung, das gemäß der Verfassung des ÖRK oberste legislative und leitende Organ der ökumenischen Weltbewegung, erfolgreich die Wahl eines neuen Präsidiums vollzogen hatte (der Vorsitzende der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, der sächsische Landesbischof Dr. Johannes Hempel, der die Delegation der evangelischen Kirchen unseres Landes nach Vancouver geleitet hatte, wurde dabei zu einem der sieben Präsidenten gewählt), mußte der Abstimmungsprozeß über die Verteilung der 145 Sitze im neuen Zentralausschuß unterbrochen werden, weil gegensätzliche Auffassungen über Änderungsanträge zum Listen-

vorschlag des Nominierungsausschusses nicht geklärt werden konnten. Erst nachdem ein Kompromiß gefunden worden war, der den evangelischen Kirchen des Nahen Ostens einen Platz im Zentralausschuß verschaffte, ohne die Gesamtvertretung der orthodoxen Kirchen in diesem Gremium zu schmälern – dies war der Kern der Kontroverse –, konnte nach Tagen die Nominierungsdebatte wieder aufgenommen und erfolgreich abgeschlossen werden. Weitere Änderungen an dem ersten Vorschlag waren inzwischen auf Antrag beschlossen bzw. durch freiwillige Mandatsausgleiche ermöglicht worden.

Der ganze Vorgang bewies zweierlei. Einmal zeigte er, wie zerbrechlich die Balance ist, wenn es darum geht, allen Mitgliedskirchen, aber auch Frauen und Männern, Jungen und Alten, Ordinierten und Laien etc. eine angemessene Vertretung im Zentralausschuß, dem höchsten Leitungsgremium des ÖRK zwischen den Vollversammlungen, zu verschaffen. Zum andern kann man in der engagierten Debatte auch ein positives Zeichen sehen, wie mir Landesbischof Dr. Johannes Hempel in einem Interview für die „Neue Zeit“ verdeutlichte: „Wenn ich in diesem Zusammenhang noch die diesmal überraschend heftig verlaufene Nominierungsdebatte für die Zusammensetzung des neuen Zentralausschusses erwähne, dann deshalb, weil ich daraus zumindest indirekt ein wachsendes Interesse an der Mitarbeit und der Vertretung im Ökumenischen Rat und auch zumindest indirekt eine wachsende geistliche Bedeutung dieser Arbeit ablese. Und daß es schließlich nach heftiger Kontroverse Bereitschaft zu Kompromissen oder auch gelegentlich zum Verzicht auf einen Sitz zugunsten einer anderen Kirche gab, sind doch Zeichen der Hoffnung.“

### Verbindlichere Gemeinschaft

Ohnehin wird man aufs Ganze gesehen sagen müssen, daß sich der Ökumenische Rat auf dieser Vollversammlung als eine im geistlichen Miteinander gewachsene und gereifte Gemeinschaft darstellte. Nicht ohne Grund war in Vancouver immer wieder davon die Rede, daß die Mitgliedskirchen nun bereit sein müßten, dem Ökumenischen Rat als dem Instrument ihrer Gemeinsamkeit ein neues Maß an geistlicher Verbindlichkeit zuzumessen. Bischof Hempel wünschte sich eine deutliche Erklärung, „wie wir unsere Gemeinschaft im ÖRK verstehen“. Es müsse gesagt werden, welche „ekklesiale Qualität“ die Kirchen dem Rat zubilligen. Philip Potter sprach davon, daß es darum gehe, im ÖRK zunehmend eine „innere“



und nicht nur eine äußere Angelegenheit der Mitgliedskirchen zu sehen.

Ob allerdings dieser Wunsch nach vertiefter Gemeinschaft, der in der Frage nach der „kirchlichen Qualität“ des ÖRK zum Ausdruck kam, Folgen hat, konnte in Vancouver allein nicht entschieden werden. „Was unsere Gemeinschaft im Ökumenischen Rat geistlich bedeutet“, sagte Bischof Hempel in dem erwähnten Interview, „entscheidet sich freilich an der Umsetzung zu Hause und auch daran, ob wir die Erfahrungen, die wir zu Hause mit Anregungen aus dem Ökumenischen Rat machen, an diesen zurückgeben. Die Frage ist also, ob es hier zu einer wechselseitigen Beziehung kommt, die uns verbindet. Auch wie wir in den Heimatkirchen mit Entscheidungen der Vollversammlung umgehen werden, was zum Beispiel das christliche Friedenszeugnis angeht, wird letztlich zeigen, wie weit die Qualität unserer ökumenischen Gemeinschaft gewachsen ist.“

So blieb denn am Ende beides: die dringende Mahnung an die Kirchen, angesichts der bedrückenden Weltsituation alles zu tun, alle Kraft aufzubieten, alle Möglichkeiten zu nutzen im Kampf für Frieden und Gerechtigkeit; und das spürbar gewachsene Verlangen der Kirchen, in den Bemühungen um tiefere Gemeinschaft voranzukommen. Sie wurden konkret in der großen Erklärung über Frieden und Gerechtigkeit, die von der Vollversammlung zum Abschluß ihrer Beratungen verabschiedet wurde, sowie in einer Reihe weiterer Stellungnahmen, in denen die ökumenische Weltbewegung ihre Haltung zu drängenden Problemen unserer Zeit deutlich machte. Was die Einheitsbemühungen betrifft, so konzentrierten sie sich auf die Suche nach einem gemeinsamen Verständnis der drei, traditionell die Christenheit spaltenden Fragen Taufe, Eucharistie und Amt.

Im folgenden sollen die wichtigsten Ergebnisse der VI. Vollversammlung in Vancouver, sowohl hinsichtlich des öffentlichen Engagements der Kirchen als auch in den Einheitsbemühungen, in ihren wesentlichen Grundzügen dargestellt werden.

### Entscheidung in der Friedensfrage

Mit dem Dokument über Frieden und Gerechtigkeit wurde in gewisser Weise ein abschließendes Ergebnis in der ökumenischen Diskussion erreicht. Es ist deshalb für das Verständnis der Bedeutung dieses Dokumentes erforderlich, seine wesentlichen Aussagen auf dem Hintergrund der Auseinandersetzung der letzten Jahre darzustellen.

Es war am 21. November 1981: nahezu 400 000 Menschen hatten sich im Zentrum von Amsterdam versammelt, um gegen die Stationierung neuer Kernwaffen in Europa zu protestieren. Am nächsten Tag begann in der selben Stadt ein internationales Hearing, das die ÖRK-Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten und die Untereinheit „Kirche und Gesellschaft“ einberufen hatten, um den Kirchen zu helfen, jene Probleme besser zu verstehen, die sich aus der Eskalation der nuklearen Rüstungen und den veränderten Konzepten des Atomkrieges ergeben. Denn schon bei der Weltkonferenz des ÖRK über „Glaube, Wissenschaft und die Zukunft“, die 1979 am Massachusetts Institut of Technology (MIT) in Boston stattgefunden hatte, waren eine Reihe Fragen offen geblieben, die einen Studienprozeß dringend werden ließen. So wurde dann für dieses Hearing in Amsterdam eine Anhörungsgruppe von 17 namhaften Kirchenvertretern gebildet, die das Zeugnis von 37 Experten aus vielen Fachbereichen und mit unterschiedlichen politischen Ansichten aus allen Teilen der Welt entgegennahm.

Die Ergebnisse dieses Hearings, in einem offiziellen Bericht zusammengefaßt, ließen keinen Zweifel an der äußersten Dringlichkeit einer Beendigung des nuklearen Wettrüstens. Vorbehaltlos wurde die – bekanntlich von den USA entwickelte – Strategie eines begrenzten Atomkrieges verurteilt. Aber die eigentliche Herausforderung für das christliche Friedenszeugnis bestand in der Feststellung: „Wir glauben, daß für die Kirchen die Zeit gekommen ist, klar und eindeutig zu erklären, daß sowohl die Herstellung und Stationierung als auch der Einsatz von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellen und daß ein solches Vorgehen aus ethischer und theologischer Sicht verurteilt werden muß.“ Der Bericht über das Hearing wurde im Mai 1982 unter dem Titel „Bevor es zu spät ist“ veröffentlicht.

Es war, was den Zeitpunkt betrifft, ein Zufall, der Sache nach aber eine konsequente Fortführung, daß im selben Monat, im Mai 1982, in Moskau jene große Versammlung der Weltreligionen stattfand, die bewiesen hat, daß es im Streben nach Bewahrung des Friedens und in der Ablehnung der Nuklearwaffen einen grundsätzlichen Konsens gibt, der faktisch Angehörige aller Religionen einschließt. Auf der Moskauer Weltkonferenz „Zur Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“ hatten Repräsentanten des Christentums, des Islams, des Buddhismus, des Judentums, des Hinduismus, des Sikhismus, des Shintoismus sowie des Zoroastrismus festgestellt, daß sich alle Religionen einig sind „in diesem klaren Punkt, daß der Nuklearkrieg



unter keinen Umständen und nie gerechtfertigt werden kann und daß er die größte Gefahr für die Menschheit darstellt". In dem „Appell an die Leiter und Angehörigen aller Religionen“ forderten sie die Weltreligionen auf, ihre Stimme zu erheben, um die Entwicklung, die Produktion, die Tests und die Stationierung aller Nuklearwaffen als „moralisch übel“ zu verurteilen. Die Erde müsse endlich von der „Krankheit der Nuklearwaffen“ geheilt werden.

Nun waren sich die Vertreter der Religionen durchaus dessen bewußt, daß die Frage der Nuklearwaffen nicht unabhängig von der Sicherheitsproblematik betrachtet werden kann. Sie wissen, daß selbst eine generelle moralische Verurteilung der Atomwaffen noch nicht zu deren Abschaffung führt. Die Reduzierung, der schließlich gänzliche Abbau der Atomwaffen kann nur gelingen, wenn sich neue Konzepte der internationalen Sicherheit durchsetzen. Das aber bedeutet, daß man sich mit der Doktrin der nuklearen Abschreckung auseinandersetzen muß.

Diese Frage war es dann auch, die von allem Anfang an im Mittelpunkt eines Konferenzvorhabens stand, zu dem der schwedische Erzbischof Dr. Olof Sundby im April 1983 führende Vertreter der Kirchen aus aller Welt nach Uppsala eingeladen hatte: zu einer christlichen Weltkonferenz für „Leben und Frieden“. Hier sollte vor allem Antwort gefunden werden auf die Frage, ob denn nicht bereits der Besitz von Atomwaffen, also auch die Drohung mit ihnen – Voraussetzung der nuklearen Abschreckung – vom christlichen Standpunkt her abgelehnt werden muß.

An dieser Frage drohte die Uppsala-Konferenz auseinanderzubrechen. Zwar war nie strittig, daß die Kirchen den Nuklearkrieg, also die Anwendung von Atomwaffen, ablehnen. Aber die Beurteilung der nuklearen Abschreckung, zumindest als zeitlich begrenzte Maßnahme, blieb kontrovers. Die abschließende Botschaft, mit der sich die Konferenz an die Kirchen in aller Welt wandte, beschrieb dann auch in dieser Sache Mehrheits- und Minderheitspositionen: *die meisten* würden meinen, daß die Drohung mit Atomwaffen als Mittel der Kriegsverhinderung vom christlichen Standpunkt her nicht akzeptiert werden kann, während *einige* bereit wären, die nukleare Abschreckung als zeitlich begrenztes Mittel zu dulden.

Amsterdam, Moskau, Uppsala – die Konferenzen in diesen Städten waren die großen Stationen in den ökumenischen Bemühungen um eine klare Position in der Friedensfrage vor Vancouver. Erst vor dem Hintergrund dessen, was hier an Konsens, aber auch als offene Frage und Herausforderung an

die Kirchen deutlich geworden war, läßt sich die Tragweite dessen ermessen, was nun die Vollversammlung sagte. Nicht umsonst hatte KKIA-Direktor Dr. Ninan Koshy in jenem Interview die Frage der moralischen Beurteilung der Kernwaffen als einen „ganz schwierigen Punkt“ für Vancouver bezeichnet. Natürlich, bestätigte er, würden die Kirchen weiterhin sehr eindeutig den Gebrauch von Atomwaffen ablehnen. Die Frage aber wäre, ob der Ökumenische Rat den Empfehlungen des Amsterdamer Hearings folgen werde, das bereits die Herstellung und Stationierung von Nuklearwaffen verurteilt wissen wollte.

Der Vollversammlung in Vancouver lag ein Antrag der DDR-Kirchendelegation vor, der den Ökumenischen Rat ersuchte, solcherart eine generelle Verurteilung der Atomwaffen auszusprechen. Der Antrag verband diese Forderung mit einer Kritik an der Abschreckungsdoktrin, von der sich gezeigt habe, daß sie „die Dynamik des Wettrüstens“ hervorgebracht und „zum Streben nach Erstschlagskapazitäten und zum Konzept eines gewinnbaren Atomkrieges“ geführt habe. Die Substanz dieses Antrags wurde bis in einzelne Formulierungen hinein in die Schlußerklärung zu Frieden und Gerechtigkeit aufgenommen.

Es ist bemerkenswert, wie stark sich gerade in dieser schwierigen Frage, der Beurteilung der Abschreckungsdoktrin, die Position der Kirchen in jüngster Zeit weiterentwickelt hat. Schwierig blieb die Frage deshalb, weil die Kirchen ja wissen, daß, wie es im Arbeitsgruppenbericht 5 hieß, viele Christen und auch andere ernsthaft glauben, daß die Abschreckung „wenigstens vorläufig“ Frieden und Stabilität gesichert habe. Aber während noch wenige Monate zuvor in Uppsala eine gemeinsame Stellungnahme nur dadurch möglich wurde, daß man in dieser Sache zwischen Mehrheits- und Minderheitsposition unterschied, war jetzt in Vancouver ein weiteres entscheidendes Kriterium eingeführt worden: Man erklärte sich zur Zusammenarbeit (nur) mit jenen Befürwortern einer „vorläufigen Abschreckung“ bereit, die „es mit der Abrüstung ernst meinen“. Erst diese Kritik an der nuklearen Abschreckung erlaubte es den Kirchen, eine generelle Verurteilung der Atomwaffen auszusprechen. Denn eine solche Verurteilung ist nur konsequent, wenn sie die Kirchen veranlaßt, ihre Unterstützung für eine Politik zurückzunehmen, die auf dem Besitz und angedrohten Einsatz von Atomwaffen aufbaut.

Die Vollversammlung in Vancouver ist diesen Schritt gegangen: Die Kirchen, vor allem in den atomwaffenbesitzenden Ländern, so erklärte sie, sollten ihre Regierungen auf-



fordern, „ein völkerrechtliches Instrument auszuarbeiten und zu ratifizieren, mit dem sowohl der Besitz als auch der Einsatz von Atomwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit geächtet werden kann.“ Was die Konfrontationspolitik der NATO betrifft, so sollten die Kirchen ihre Regierungen „überzeugen“, daß sie sich „jetzt, bevor es zu spät ist, von den Plänen, in Europa zusätzliche oder neue Atomwaffen zu stationieren, abwenden und daß sie die Atomstreitkräfte zunächst reduzieren und dann gänzlich abbauen müssen“. Denn die nukleare Abschreckung könne niemals Grundlage eines „echten Friedens“ sein, und angesichts der USA-Strategie des Erstschlags und des begrenzten Atomkrieges müsse im übrigen auch an ihrer Zuverlässigkeit ernsthaft gezweifelt werden.

Was nun die Möglichkeiten der Kirchen anlangt, so sollten sie – wie Bericht 5, der sich mit der Friedensfrage befaßt, empfiehlt – ihre Mitglieder darüber aufklären, wie dringend notwendig es sei, die Atomwaffen zu „unrechtmäßigen Mitteln“ zu erklären und die Abschreckung zu „entmythologisieren“. Für die „Zwischenzeit“ wird die Unterstützung von spezifischen Maßnahmen empfohlen: zunächst ein beiderseitiges und verifizierbares Einfrieren der Entwicklung, Erprobung, Produktion und Stationierung von Atomwaffen und Trägersystemen, dann der Abschluß eines Teststopp-Abkommens. Der Bericht setzt sich ferner für einen baldigen und erfolgreichen Abschluß der Genfer Verhandlungen sowohl über die strategischen Atomwaffen als auch über die nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa ein, wobei er die Nichtaufstellung der Pershing II und der landgestützten Marschflugkörper sowie eine entsprechende Reduzierung sowjetischer Mittelstreckenraketen fordert. Unterstützt werden alle Bemühungen zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen und zur Entmilitarisierung des Weltraums, Verpflichtungen zum Verzicht auf Ersteininsatz von Atomwaffen und einseitige Initiativen im Bereich der Abrüstung.

Die Forderungen von Vancouver bedeuten eine deutliche Unterstützung für das Wirken der Friedensbewegung – ein Gesichtspunkt, der von besonderem Gewicht ist. Es waren vor allem jüngere Delegierte, die in den Plenaraussprachen immer wieder verlangten, daß sich die Kirchen mit allen zusammentun, die für Frieden und Abrüstung eintreten. „Für uns alle ist die Zeit der Entscheidung gekommen“, heißt es in der Botschaft, mit der sich die VI. Vollversammlung abschließend an die Mitgliedskirchen in aller Welt wendet. „In aller Welt stehen wir solidarisch zusammen, um unablässig, auf jedem Forum, zur Beendigung des Wettrüstens aufzurufen.“

## Der Kampf gegen den Rassismus

Die Auseinandersetzung mit dem Rassismus gehörte von Anfang an zu den Anliegen der ökumenischen Bewegung. Aber erst die Vollversammlung 1968 in Uppsala gab dem Weltkirchenrat den klaren Auftrag, „kraftvoll gegen die Erscheinungsformen der Rassendiskriminierung zu Felde zu ziehen“. Dieser Weisung folgte der ÖRK zunächst durch die Einberufung einer internationalen Studententagung 1969, bei der das „Recht auf Widerstand gegen die Tyrannei“ bekräftigt wurde. Die Versammlung drängte darauf, daß die Kirchen Maßnahmen gegen den Rassismus ergreifen: Die Kirchen sollten „notfalls Widerstandsbewegungen und sogar Revolutionen unterstützen, die auf die Beseitigung politischer und wirtschaftlicher Tyrannei zielen, die den Rassismus erst möglich machen“. So wurde 1969 das „Programm zur Bekämpfung des Rassismus“ (nach den englischen Anfangsbuchstaben „PCR“ abgekürzt) ins Leben gerufen, und nichts hat größere Reaktionen auf die Arbeit des Ökumenischen Rates ausgelöst wie die nunmehr 13jährige Tätigkeit von PCR.

Die Forschungs- und Informationsarbeit zum Rassismus ist erste Funktion von PCR. Ihre Ergebnisse liegen allen diesbezüglichen Erklärungen des ÖRK zugrunde. Zweitens verwaltet PCR eine Reihe von Programmprojekten, die von den Kirchen und anderen Gruppen zur Bekämpfung des Rassismus durchgeführt werden. Die öffentliche Aufmerksamkeit, auch die Kritik bestimmter Medien, konzentriert sich auf die dritte Funktion von PCR: den Sonderfonds. Hierbei geht es um Zuwendungen der Kirchen für Organisationen der rassistisch Unterdrückten wie auch an Gruppen, die ihnen Hilfe leisten. Mit den Spenden, die für humanitäre Aufgaben eingesetzt werden, sollen gezielt Organisationen unterstützt werden, die den Rassismus direkt bekämpfen. Denn Wohlfahrtsverbände können leichter auch anderswo Unterstützung erhalten.

Die Angriffe gegen den ÖRK wegen der Zuwendungen aus dem Sonderfonds wurden besonders heftig, als 1978 knapp 100 000 Dollar für humanitäre Hilfe an die Patriotische Front von Simbabwe gegeben wurden. Zu denen, die besonders wütend reagierten, gehörte ein Politiker aus den USA, der in mehreren Zeitungen einen Artikel veröffentlichte, in dem er den „Machthabern im ÖRK“ vorwarf, Geld an „Terroristen“ zu schicken, die „Zivilisten und Missionare töten“. „Der beste Weg“, so schrieb er, „die Mißstände in dieser radikal gesinnten Organisation abzuschaffen, welche die Lehren Christi der-



maßen verzerrt hat, scheint mir im Augenblick darin zu bestehen, daß jeder einzelne Kirchgänger dafür sorgt, nichts von der finanziellen Unterstützung, die er seiner Kirche gibt, an den ÖRK gelangen zu lassen, wo sie zu einer Kugel im Gewehr eines Terroristen werden kann.“ Der Autor dieses verleumderischen Angriffs gegen den Weltkirchenrat hieß Ronald Reagan, heute Präsident der USA.

Aber solche bösartigen Attacken trugen auch dazu bei, daß sich alle Mitgliedskirchen noch stärker mit den Problemen des Rassismus auseinandersetzten. Dabei ging es darum, nicht nur die ganze Anatomie rassistischer Unterdrückung bloßzulegen, sondern auch die Art und Weise aufzudecken, in der westliche, imperialistische Länder an der Aufrechterhaltung des Rassismus beteiligt sind.

Am Ende des Konsultationsprozesses über die kirchliche Antirassismussarbeit stand – vom ÖRK-Zentralausschuß 1980 bekräftigt – „die Fortsetzung und Verstärkung des Programmes zur Bekämpfung des Rassismus“. PCR blieb ein „integraler, aber autonomer Teil“ der Arbeit des Rates, und der Sonderfonds blieb, ohne Veränderung der Kriterien, aktiver Ausdruck der Solidarität mit dem Kampf gegen den Rassismus.

Solange PCR besteht, hat es sich mit der finanziellen Unterstützung des südafrikanischen Regimes durch westliche Länder auseinandersetzen müssen. Einer der bekanntesten Sprecher der schwarzen Bevölkerung in Südafrika, der Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, Bischof Desmond Tutu, hatte schon 1981 vor dem Britischen Rat der Kirchen gesagt: „Ausländische Investoren müssen sich im klaren darüber sein, daß ihre Investitionen Stützpfiler eines der verabscheuungswürdigsten Regimes seit der Nazizeit sind.“ Und als ein Zeichen dafür, wenigstens „sein eigenes Haus in Ordnung zu bringen“, hatte der ÖRK kurz darauf seine Guthaben bei drei großen Banken gekündigt, die Geschäftsverbindungen zu Südafrika unterhalten.

Als Bischof Tutu nach jener nächtlichen Friedenswache, bei der ihn die große Versammlung der Kirchen in Vancouver so überaus herzlich und bewegt begrüßt hatte, sich am nächsten Tag der internationalen Presse stellte, sprach er sehr ernst über die Lage im südlichen Afrika: Sie könne zum Ausgangspunkt eines dritten Weltkrieges werden; deshalb müßten die Staaten der Erde nicht nur gegen die Apartheid Stellung beziehen, sondern deutlich erkennen, daß die zunehmende Militarisierung des weißen Regimes in Südafrika eine weltweite Bedrohung darstelle.

Bei den Debatten um das Antirassismusprogramm des ÖRK

geht es immer wieder um die Frage, ob die Kirchen dadurch nicht die Gewaltanwendung legitimieren würden. Oft werde in westlichen Ländern, sagte Bischof Tutu jetzt dazu, so diskutiert, als ob es *erst jetzt* um Gewalt gehe. Dabei sei aber in Wahrheit die Situation in Südafrika durch die Rassengesetze *seit langem* von Gewalt bestimmt: „Dreieinhalb Millionen Menschen sind entwurzelt und in entlegenen Gebieten auf den Abfall geworfen worden.“ Trotzdem seien auch nach seiner Auffassung die Möglichkeiten einer friedlichen Regelung „noch nicht voll ausgeschöpft“. Zu diesen Möglichkeiten zählte der schwarzafrikanische Kirchenführer neben dem Gebet die öffentliche Verurteilung des Rassistenregimes, die Ausübung diplomatischen Drucks sowie die Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen.

Die Vollversammlung in Vancouver, die sich bei ihren Beratungen mehrfach mit dem institutionalisierten Rassismus in Südafrika befassen mußte, verabschiedete am Ende eine Erklärung, die zu diesem zentralen Problem des Friedens und der Gerechtigkeit in dieser Region Stellung nimmt. Selbstverständlich wiederholt die Erklärung die Überzeugung der Kirchen: „Rassismus ist Sünde gegenüber Gott und den Mitmenschen.“ Daraus zieht sie die Schlußfolgerung, daß es Aufgabe der Christen sei, die Integrität der Kirche zu wahren und gegen die Apartheid in allen ihren Formen zu kämpfen: „Sie sollen diejenigen unterstützen, die dieses sündige System der Ungerechtigkeit bekämpfen, und jede theologische Rechtfertigung der Apartheid als häretische Perversion des Evangeliums verurteilen.“

Unter solchen Verhältnissen, erklärt der ÖRK, „kann eine Kirche, die Kirche sein und das befreiende Evangelium, das göttliche Gebot der Gerechtigkeit verkünden will, die Konfrontation mit der Regierung nicht vermeiden.“ Wer sich in Südafrika zum Glauben bekenne, werde einen grundlegenden Wandel im politischen, sozialen und wirtschaftlichen System des Landes fordern, für die Unterdrückten sprechen und für die Rechte der Machtlosen eintreten müssen.

Ausdrücklich zollt die Erklärung dem Rat der Kirchen in Namibia für den außerordentlichen Mut hohe Anerkennung, mit dem er sich auf die Seite der Unterdrückten stellt. Denn die illegale Besetzung des Landes durch Südafrika sei eine unterdrückerische Maßnahme, die viele Terrorakte gegen die Zivilbevölkerung auslöse. Aufgrund der Obstruktionspolitik der südafrikanischen Regierung und ihrer hartnäckigen Weigerung, die SWAPO als rechtmäßige Vertreterin des namibischen Volkes anzuerkennen, ruhten die Unabhängigkeitsverhandlungen. „Das hat zusammen mit der Untätigkeit und



dem offensichtlich unwirksamen Versuch der westlichen Kontaktgruppe — offenbar wegen kurzfristiger politischer und wirtschaftlicher Interessen —, ihren Einfluß geltend zu machen, den herrschenden Konflikt nur noch vergrößert.“

Die Erklärung schließt mit einer Reihe von Empfehlungen an die Mitgliedskirchen, die sie auffordert, ihre Solidarität mit all denjenigen Kräften zu verstärken, die sich der Apartheid und dem Rassismus widersetzen und um die Befreiung kämpfen. Am Anfang steht die Überzeugung, daß Apartheid häretisch ist, am Ende die Aufforderung an die Kirchen, sich von jenen Institutionen zu lösen, die wirtschaftlich mit Südafrika zusammenarbeiten. So bekräftigt die Weltkirchenkonferenz „die Notwendigkeit von umfassenden und verbindlichen Sanktionen und ruft die Regierungen dringend auf, der Durchführung eines wirksamen Ölembargos höchste Priorität einzuräumen.“

### Solidarität mit den mittelamerikanischen Völkern

Die mit der Vollversammlung gleichzeitigen Ereignisse in Mittelamerika, vor allem die Stationierung US-amerikanischer Soldaten an der Grenze zu Nicaragua und die Entsendung von Kriegsschiffen vor dessen Pazifikküste, überschatteten die Beratungen stark. Bestürzt über diese Entwicklung wie über die praktische Weigerung der USA, die dringlichen Angebote zur friedlichen Lösung aller Fragen aufzunehmen, schrieben über 200 amerikanische Delegierte und Besucher der Weltkirchenkonferenz schon Ende der ersten Beratungswoche einen Brief an Präsident Reagan, in dem sie den unverzüglichen Rückzug der USA-Truppen und ein Ende des Versuches forderten, die legitime Regierung von Nicaragua zu destabilisieren. Die Initiative zu diesem Schritt war von Dr. Cynthia Wedel, eine der zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden sechs Präsidenten des ÖRK, und von Bischof James Armstrong, dem Präsidenten des Nationalen Kirchenrates der USA, ausgegangen. Nachdrücklich verlangten die amerikanischen Kirchenleute darin die Beendigung aller „offenen oder verdeckten“ Versuche, die rechtmäßige Regierung Nicaraguas zu schwächen oder zu stürzen.

Die äußerst gespannte und gefährliche Situation in Mittelamerika und die Tatsache, daß die USA keine Änderung ihrer Haltung erkennen ließen, veranlaßte die Vollversammlung dann, zum Abschluß ihrer Beratungen eine grundsätzliche Erklärung in dieser Sache abzugeben. Sie setzte damit die Praxis fort, zu brennenden Zeitfragen bzw. Krisenherden

in der Welt öffentlich Stellung zu nehmen. „In Mittelamerika entfalten sich verheißungsvolle Zeichen des Lebens. Sie sind wie eine junge Pflanze, die aus der Erde heraustreibt, die wachsen will, um zum Segen für die Welt zu werden. Jesus Christus, das Leben der Welt, lehrt uns, seine Jünger, daß das Leben erhalten und verteidigt werden muß gegen die Mächte des Todes und der Unterdrückung, die ihm entgegenstehen.“ Mit diesen Worten hebt die Erklärung zu Mittelamerika an; damit ist zugleich der geistliche Rahmen vorgegeben für alles, was dann im einzelnen ausgesagt und gefordert wird.

Zunächst wird dargestellt, wie Mittelamerika versucht, die Grundlagen für das Leben seiner Völker umzugestalten, ein Kampf, dessen Intensität in allen Bereichen „historische Proportionen“ erreiche. Verwurzt in der Geschichte harter Kolonialherrschaft, der Ausbeutung der Armen und der Konzentration von Macht und Reichtum, befänden sich die Länder dieser Region — auf verschiedene Weise — „im Belagerungszustand“. Die derzeitige Regierung der Vereinigten Staaten habe „aufgrund ihrer Auffassung von der Sicherheit der Nation eine Politik militärischer, wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Initiativen eingeleitet, die darauf abzielt, die Regierung Nicaraguas zu destabilisieren, das Image der gewalttätigen Diktatur in Guatemala gegenüber der Welt aufzubessern, den Kräften des historischen Wandels in El Salvador entgegenzutreten und Honduras zu militarisieren, um von dieser Basis aus die Bestrebungen der Völker Mittelamerikas im Zaum zu halten“. Diese Politik gebe vor, „den Kommunismus verhindern“ zu wollen, in Wirklichkeit aber erzeuge sie Furcht und Spannungen und erhöhe die Wahrscheinlichkeit eines Krieges, der für Mittelamerika und die Karibik verheerend sein würde. Sicherheit könne es in dieser Region nur geben, wenn das sehnsüchtige Ringen der Völker Mittelamerikas um Frieden in Gerechtigkeit beharrlich unterstützt werde. In dieser Situation hätten die Kirchen, die viel tun, um der Bevölkerung zu helfen, zusätzlich gegen die zersetzerischen Kräfte aggressiver religiöser Gruppen anzukämpfen, die überwiegend von den USA aus arbeiten und finanziert werden. Nach dem Urteil der Kirchen dienen diese Gruppen politischen Zwecken: sie sollen die Unterdrückung legitimieren.

„Angesichts der verschärften aggressiven Akte gegen Nicaragua empfinden wir tiefe Sorge um die leidenden Völker der gesamten Region und richten unsere Hoffnung auf die dem Leben dienenden Leistungen der Völker Nicaraguas und ihrer Führung seit 1979“, erklärt der Ökumenische Rat. Er



würdigt die Erfolge der neuen Regierung: daß es ihr gelungen sei, das Alphabetisierungsprogramm durchzuführen, die Kinderlähmung auszurotten, die Malaria einzudämmen, eine erfolgreiche Bodenreform zu verwirklichen und den Prozeß der Verfassungsgebung voranzutreiben. „Das alles hat geholfen, den Hoffnungen der Region konkreten Ausdruck zu verleihen.“ Nicht zuletzt wird darauf hingewiesen, daß an der Entwicklung in Nicaragua die Christen, römisch-katholische und protestantische, auf allen Ebenen und in vollem Umfang am Wiederaufbau und an der Errichtung eines neuen Staatswesens beteiligt sind.

„Dieser lebensbejahende Prozeß ist zur Zeit tagtäglich mit dem Tod konfrontiert“, heißt es weiter. „Die von den Vereinigten Staaten finanziell unterstützten Mitglieder der ehemaligen Nationalgarde, die nunmehr von Honduras aus operieren, haben bisher 700 Menschenleben gefordert, hauptsächlich junge Nikaraguaner, die der freiwilligen Miliz angehören.“ Angesichts dieser Situation erklärt die Vollversammlung: „Die Destabilisierung Nicaraguas ist ein Angriff auf das Leben und durchaus geeignet, nicht nur die Länder Mittelamerikas, sondern auch die Karibik in tiefes Leid zu stürzen und große Verluste an Menschenleben zu fordern. Sie untergräbt die legitimen Forderungen und das Ringen der Armen in der ganzen Region um ein Ende der Ausbeutung und um die Möglichkeit, auf ihrem schwierigen Weg zum Leben in seiner ganzen Fülle ihre Geschicke selbst zu bestimmen.“ Die Vollversammlung bekräftigt das Recht der mittelamerikanischen Völker, das Leben in all seinen Dimensionen „zu suchen und zu erhalten“, und drückt deshalb den mittelamerikanischen Kirchen gegenüber die „tiefe Sorge und Solidarität“ der ökumenischen Gemeinschaft aus. Ausdrücklich dankt sie der christlichen Gemeinschaft in Nicaragua „für ihre aktive Mitwirkung am Aufbau der staatlichen Institutionen und an Schritten zur Versöhnung, die zu Frieden in Gerechtigkeit führen.“

Die Erklärung schließt mit konkreten Forderungen, denen zufolge sich die Vollversammlung „entschlossen jeder Art von offener oder getarnter militärischer Intervention durch die Vereinigten Staaten oder irgendeine andere Regierung in der mittelamerikanischen Region widersetzt.“ Ausdrücklich dankt die Erklärung den Kirchen in den USA dafür, daß sie ihre Verurteilung einer solchen Intervention „in prophetischer Weise“ zum Ausdruck gebracht haben, und bittet sie, ihre Bemühungen zu verstärken, auf einen radikalen Wandel der US-Politik in dieser Region zu dringen. Auch die Mitgliedskirchen in anderen Ländern werden dringend ersucht,

bei ihren Regierungen „energisch vorstellig“ zu werden, damit diese die USA-Regierung nachdrücklich auffordern, ihre Militärpolitik zu revidieren und damit einen konstruktiven Schritt auf dem Weg zum Frieden in dieser Region zu tun.

### Schritte zur Kircheneinheit

Für die Fortführung der ökumenischen Bemühungen wurden in Vancouver gute Voraussetzungen geschaffen. Dabei ging es dem Ökumenischen Rat zuallererst um die Vertiefung des eigenen Bundes, um die geistliche Gemeinschaft der Mitgliedskirchen. Anders als auf der Vollversammlung in Nairobi 1975, die als Ziel ökumenischer Bemühungen die „konziliare Gemeinschaft“ der Ortskirchen proklamierte, wurde jetzt in Vancouver als bestimmender Aspekt der christlichen Einheit die „eucharistische Vision“ in den Vordergrund gerückt. Dies ist, vor allem für die orthodoxen Kirchen, ein entscheidender theologischer Fortschritt, dessen Tragweite kaum zu überschätzen ist. Damit sind neue Grundlagen für die Einbindung der Orthodoxie in die ökumenische Bewegung geschaffen worden.

Insbesondere aber – auf „der engen Straße“ der ökumenischen Nachfolge ein deutlicher Schritt – bekannte sich die Vollversammlung nahezu einmütig zu den Aussagen einer Erklärung, die in den drei zentralen Fragen Taufe, Eucharistie und Amt theologische Konvergenz dokumentiert. Bei diesem „Lima-Papier“ (nach der peruanischen Hauptstadt benannt, weil es hier Anfang 1982 von der ÖRK-Kommission Glaube und Kirchenverfassung, der auch katholische Theologen als Vollmitglieder angehören, verabschiedet wurde) handelt es sich um das Ergebnis eines langen ökumenischen Gesprächsprozesses, der über Jahrzehnte zurückreicht. Noch ist es ein vorläufiges Ergebnis. Denn wenn von den Lima-Texten auch als von „Konvergenz“-Erklärungen gesprochen wird, so heißt das längst noch nicht, daß in allen Punkten bereits Übereinstimmung erreicht wurde. Vielmehr beschreibt das umfangreiche Dokument sowohl Gemeinsamkeiten in wesentlichen Bereichen als auch weiterhin bestehende Differenzen in Theologie und Praxis.

Im Prozeß der Aufarbeitung und Rezeption dieser Texte, die auch als „Jahrhundertwerk der Ökumene“ bezeichnet werden, forderte die Vollversammlung alle Kirchen auf, offizielle Stellungnahmen zu erarbeiten. Man hofft, daß sie sowohl von den Mitgliedskirchen als auch von der römisch-katholischen Kirche bis Ende 1985 vorliegen werden. Sie sollen die Grundlage für eine V. „Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung“ bilden, die 1987 oder 1988 stattfin-



den könnte. (Die ersten vier waren in Lausanne 1927, Edinburgh 1937, Lund 1952 und Montreal 1963.) Menschen mit Sinn für große geschichtliche Perioden mögen daran denken, daß 1987 genau zwölfhundert Jahre seit jenem Konzil von Nicaea vergangen sein werden, das alle großen christlichen Kirchen noch gemeinsam anerkennen.

Die ökumenische Kardinalfrage bleibt: Was tut sich zwischen Genf und Rom, zwischen Ökumenischem Rat und katholischer Kirche? In dieser Frage wird man ohne Umschweife sagen müssen: Etwas wesentlich Neues, gar einen Durchbruch hat es auch in Vancouver nicht gegeben. Aber die Vollversammlung hat sich nachdrücklich für eine Fortführung und Vertiefung des Dialogs mit der katholischen Kirche ausgesprochen. Ausdrücklich billigte sie den Bericht der Gemeinsamen Arbeitsgruppe zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen, die 1965, ganz im Schwung des Zweiten Vatikanischen Konzils, gebildet worden war. In einem offiziellen Schreiben informierte der Präsident des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen, Kardinal Jan Willebrands, den ÖRK-Generalsekretär, daß dieser nunmehr fünfte Bericht seitens der katholischen Kirche ebenfalls grundsätzliche Zustimmung erfahren habe.

Zur Charakterisierung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat eignet sich nach wie vor das Wort von der „brüderlichen Solidarität“, das Papst Paul VI. 1975 in einem Schreiben an die V. ÖRK-Vollversammlung in Nairobi benutzt hat. Dieses Wort läßt allerdings, bei allen positiven Anklängen, die mehr als nur Zusammenarbeit ausdrücken, keinen Zweifel an der Haltung der katholischen Kirche, wonach „verschiedene Faktoren u. a. theologischer Art“ gegen eine Mitgliedschaft im ÖRK sprechen. Dabei geht es vor allem darum, daß – wie auch in Vancouver seitens der katholischen Kirche wieder unmißverständlich deutlich gemacht wurde – auf der einen Seite eine Kirche „mit allem, was an präziser Lehrposition und pastoraler Verantwortung“ dazugehört, auf der anderen Seite aber ein Rat von Kirchen steht, der als solcher „keine eigene Lehrposition vertritt“ und der auch „keine direkte pastorale Verantwortung“ wahrnimmt.

Auch dem Ökumenischen Rat bleibt klar, daß für seine Beziehungen zur katholischen Kirche die unterschiedliche Natur der beiden Körperschaften eine Schwierigkeit darstellt. Generalsekretär Philip Potter wies denn auch in Vancouver wieder darauf hin, daß einem Beitritt der katholischen Kirche zum ÖRK vor allem strukturelle Probleme entgegenstünden:

Die katholische Kirche sei eine universale Kirche mit im übrigen weit über 700 Millionen Mitgliedern, der Rat aber ein Bund von Kirchen, die jeweils ihre eigene Lehrposition vertreten. (Die ÖRK-Mitgliedskirchen nehmen zwar bei ihrem Eintritt eine gemeinsame „Basis“ an, die aber kein volles Glaubensbekenntnis darstellt. Der Rat besitzt keine universale Autorität, die Bindung ist moralischer Art.) So bleibt die Mitgliedschaft der katholischen Kirche im Ökumenischen Rat eine schwierige, bestenfalls offene Frage. Vorstellbar und realistisch sei hingegen, wie Philip Potter meinte, ein Beitritt nationaler oder regionaler Bischofskonferenzen zum ÖRK. (In 20 nationalen Kirchenräten wie auch den Regionalräten der Karibik und des Pazifiks ist die katholische Kirche schon lange Vollmitglied.)

Für das Klima zwischen Rom und Genf ist es bezeichnend, daß der Präsident des vatikanischen Einheitssekretariats in besagter Stellungnahme sowohl überzogenen Erwartungen als auch pessimistischen Einschätzungen entgegentrat. In dem Brief an den ÖRK-Generalsekretär fällt geradezu auf, daß Kardinal Willebrands mehrfach ernüchternd von Tatsachen spricht, die man sich „klar vor Augen halten“ müsse, von „ekklesiologischen Wirklichkeiten“, über die man sich „nicht hinwegsetzen“ könne, davon, daß „man sich nichts vormachen“ solle. Mit gleichem Nachdruck aber betont dieser Brief, daß der Verständigungsprozeß in den Beziehungen weitergehe. Auch wenn er eher den Charakter eines „Reifungsprozesses“ als den „raschen Verhandeln“ habe, so bleibe es doch eine Geschichte des Wachsens. Energisch tritt er der Auffassung entgegen, daß sich zwischen Genf und Rom nichts rühre. Es sei „bei einigen Mode geworden“, formuliert er polemisch, nur an den Anfang der Beziehungen wie an eine „Zeit großer Taten“ zu erinnern, die keine Fortsetzung gefunden habe. Dies entspreche ganz und gar nicht der Wirklichkeit. Vielmehr sei gerade in jüngster Zeit eine „wirkliche Entwicklung und Konsolidierung“ eingetreten.

### Die Ermutigung von Vancouver

Als vor 35 Jahren der Ökumenische Rat der Kirchen gegründet wurde, standen zwei große Anliegen im Vordergrund: die Einheit und Erneuerung der Kirche sowie die Lage der Menschheit und das Heilen der menschlichen Gemeinschaft. Die Frage, welche Beziehung zwischen diesen beiden ökumenischen Anliegen besteht, hat den ÖRK immer wieder beschäftigt. Oft brachen heftige Spannungen auf zwi-



schen denjenigen, denen es vor allem um die Einheit der Kirche geht, und denjenigen, die Fragen des Friedens und der Gerechtigkeit, des sozialpolitischen Engagements obenan stellen. Mit aller Deutlichkeit ist deshalb die Vollversammlung in Vancouver sowohl denen, die angesichts der Weltprobleme die Einheitsbemühungen für sekundär halten, als auch denjenigen, denen „das politische Engagement der Kirche bestenfalls zweitrangig, wenn nicht schädlich für ihre Aufgabe“ erscheint, entgegengetreten: „Wir möchten als Christen feststellen, daß es weder in der Kirche noch auf der Tagesordnung des Ökumenischen Rates eine solche Trennung zwischen Einheit und Erneuerung der Menschheit geben kann.“ Auch das Lima-Papier gibt deutliche Orientierung: „Taufe, Eucharistie und Amt sind die heilenden und einenden Zeichen einer Kirche, die für eine erneuerte und versöhnte Menschheit lebt und arbeitet.“

Die evangelischen Christen in der DDR haben die VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates von Anfang an mit außerordentlicher Aufmerksamkeit verfolgt. Der nachhaltige Ruf der Weltökumene nach Frieden und Gerechtigkeit, greifbar in den öffentlichen Erklärungen, den Berichten und Empfehlungen, ist von den Gemeinden und Gläubigen breit aufgenommen worden. Das Ereignis von Vancouver, das gemeinsame Bekenntnis zu Jesus Christus als dem Leben der Welt, hat in diesem kritischen Zeitpunkt der Weltgeschichte tatsächlich die Gestalt der Entscheidung: der Wahl zwischen „Leben und Tod, Segen und Fluch“, wie die Botschaft an alle Kirchen sagt.

Die Weltkirchenkonferenz hat in diesen grundlegenden gesellschaftlichen Fragen von weltpolitischem Rang eindeutig Stellung bezogen. Sie hat das Wettrüsten verurteilt, die Atomwaffen geächtet, sich gegen den „Geist“ und die „Logik“ der Abschreckungsdoktrin gewandt. Vor allem hat sie die zuständigen Regierungen beschworen, von den Plänen zur Stationierung neuer Atomraketen in Europa zu lassen. Sie hat zum Kampf gegen den Rassismus aufgerufen und jede Art von offener oder getarnter Intervention der USA in Mittelamerika verurteilt. So hat die Vollversammlung von Vancouver, in ihrem geistlichen Zusammenhalt gefestigt, Positionen bezogen, die ihrem Wesen, ihrer Konsequenz nach antiimperialistischen Charakter tragen.

Gerade in unserem Lande, an der Grenze zwischen den beiden großen Bündnissystemen gelegen und unmittelbar der politischen und militärischen Konfrontationspolitik der NATO ausgesetzt, ist die historische und moralische Verpflichtung zur Staatsdoktrin geworden, daß von deutschem Boden nie

wieder ein Krieg ausgehen darf. Auch deshalb hat hier in der DDR unter den christlichen Bürgern, aber auch bei vielen Nichtchristen das unbedingte Friedensvotum der ökumenischen Weltbewegung, ihre generelle Verurteilung der atomaren Hochrüstung, zusammen mit der Forderung nach sozial gerechten, menschenwürdigen gesellschaftlichen Verhältnissen, große Zustimmung gefunden.

Schon zuvor hatte die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, im Einklang sowohl mit dem Wollen ihrer Gemeindeglieder wie mit der Politik ihres Staates, die Notwendigkeit unterstrichen, die Aufgabe der Friedenssicherung und Abrüstung mit Nachdruck in die Arbeit der Vollversammlung einzubringen. Die 17 Delegierten aus den DDR-Kirchen haben das mit Erfolg getan, so daß die Ergebnisse der Vollversammlung, für die auf der Zentralausstellung in Dresden 1981 wesentliche Grundlagen geschaffen worden waren, für die evangelischen Christen in unserer Republik in jeder Hinsicht eine Bestätigung und Ermutigung bedeuten. Aber auch katholische Christen stimmen ihnen zu, so daß sie Gegenstand realer Ökumene werden. Darüber hinaus sind die Beschlüsse der Weltkirchenkonferenz ein neuer Anstoß und ein tragfähiger Ausgangspunkt für das gemeinsame Handeln mit allen anderen Menschen, die den Frieden wollen.

Es ist unverkennbar, wie gerade der Katalog von Forderungen, den die Kirchen für die „Zwischenzeit“ erheben, bis es zu der von ihnen erstrebten völligen Beseitigung der Atomwaffen kommt, alle konstruktiven Vorschläge zur Abrüstung aufnimmt, die heute im Gespräch sind. Punkt für Punkt entspricht er jenen Abrüstungsinitiativen, mit denen die sozialistischen Staaten, ihnen voran die Sowjetunion, ihre Friedenspolitik untermauern. „Auch darin“, erklärte deshalb Gerald Götting auf der Tagung des Präsidiums des CDU-Hauptvorstandes mit Mitgliedern kirchlicher Räte im September 1983 in Burgscheidungen, „drückt sich aus, daß die Friedensinitiativen des realen Sozialismus den Lebensinteressen der Völker, dem Verlangen aller für den Frieden engagierten Kräfte in der Welt – ungeachtet weltanschaulicher und konfessioneller Eigenheiten – korrespondieren.“

Es ist aber nicht nur der Inhalt der Erklärungen, die naturgemäß immer auch Kompromißcharakter haben – wie sollte es anders sein, wenn sich Vertreter von über 300 Mitgliedskirchen aus aller Welt äußern –, es ist die grundsätzliche Forderung zum sozialpolitischen Engagement, das die Ergebnisse von Vancouver so bedeutsam für uns macht. Denn wenn die evangelischen Kirchen in der DDR ihren gesell-



schaftlichen Standort mit der Formel von der „Kirche im Sozialismus“ beschreiben, dann soll damit zum Ausdruck gebracht werden, daß sich die Christen zur Teilnahme am Leben unserer Gesellschaft, zur praktischen Mitarbeit berufen wissen, um in der Freiheit und Bindung des Glaubens das Beste für alle und das Ganze zu suchen.

Diese grundsätzliche, heute wie selbstverständlich erscheinende Positionsbestimmung hat ihre Grundlage im bewußten gesellschaftlichen Engagement zahlloser Gemeindeglieder und vieler kirchlicher Mitarbeiter und Amtsträger seit Jahrzehnten. Dabei erwiesen sich jene Erfahrungen, die christliche Demokraten in der tätigen Mitverantwortung für das Ganze gewonnen haben, als eine wichtige Orientierungshilfe. Die von ihnen erarbeiteten geistig-ethischen Positionen, die von ihnen ergriffene und gebotene Chance zum Dienst am Gesellschaftsganzen wurde zum Ferment eines Lernprozesses, in dem christliche Bürger neue Einsichten für ihre Existenz, ihren Auftrag und ihre Verantwortung im Sozialismus gewannen.

Es waren gerade die geistlichen und theologischen Aspekte des Themas der Vollversammlung „Jesus Christus – das Leben der Welt“, es war die Besinnung auf die tragende Mitte des christlichen Glaubens, die zugleich die Konsequenz einer Glaubensbewährung in den politisch-gesellschaftlichen Lebensfragen unserer Zeit deutlich gemacht hat: die Sorge um den Frieden und das Wohlergehen der Mitmenschen, die Mitverantwortung für das Gedeihen der gesamten Gesellschaft. In diesen Anliegen und Zielen wissen sich die christlichen Demokraten, gemeinsam mit ihren parteilosen Mitchristen, völlig eins mit unserem Staat, mit seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik und mit seinem Friedensstreben. Hier weisen Bürgerpflicht und Christenpflicht in die gleiche Richtung – zum Dienst am Nächsten und am Frieden. Zu diesem Dienst, den Christen in der Deutschen Demokratischen Republik unter so günstigen Verhältnissen leisten können, hat sie die VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, haben sie die von Vancouver ausgehenden Inspirationen und Impulse erneut aufgefordert und ermutigt.

**In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:**

- 214 Wolfgang Heyl, Chancen des Friedens – Betrachtungen nach der Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“
- 215 Carl Ordnung, Christen in der Friedensbewegung – Zu Position und Aufgabe der Christlichen Friedenskonferenz (CFK)
- 216 Günter Wirth, Friedensprogramm gegen Kreuzzugspläne
- 217 Gerald Götting, Huldrych Zwingli – Zum 500. Geburtstag des Schweizer Reformators

---

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB) Berlin

---